LZ-Rheinland

Artikel vom 26.03.2025 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 04:56 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/verbaende-hoffen-auf-backhaus

Verbände hoffen auf Backhaus



Foto: imago/sepp spiegl

Der Agrarsektor pocht auf eine Ausnahmeregelung bei der geplanten - Mindestlohnerhöhung

Verbände der Agrar- und Gartenbauwirtschaft haben an den mecklenburg-vorpommerschen Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus appelliert, sich für eine Ausnahme der Landwirtschaft und des Gartenbaus vom gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen. Backhaus ist Mitglied der SPD-Arbeitsgruppe, die den Koalitionsvertrag zwischen Union und Sozialdemokraten im Themenbereich Landwirtschaft und Umwelt aushandelt.

In einem an Backhaus adressierten Brief verweisen unter anderem der Deutsche Bauernverband (DBV), der Zentralverband Gartenbau (ZVG), der Deutsche Weinbauverband (DWV) und der Deutsche Raiffeisenverband (DRV), auf die schwierige wirtschaftliche Lage der Branche.

Besonders zu Buche schlagen würde laut den Verbänden die von der SPD geforderte Mindestlohnerhöhung auf 15 € pro Stunde in Obst- und Gartenbaubetrieben. Wegen des dortigen hohen Anteils händischer Arbeit machten Löhne bis zu 60 % der Gesamtkosten aus. Höhere Lohnkosten könnten wiederum nicht an den Handel oder Verbraucher

weitergegeben werden, da die heimischen Betriebe im Wettbewerb zu europäischen und außereuropäischen Waren stünden, wo in Teilen deutlich niedrigere Mindestlöhne gälten.

Die Verbände verweisen darauf, dass wegen des starken Preisdrucks die Anbauflächen in Deutschland bei Obst- oder Gemüsekulturen in den vergangenen fünf Jahren deutlich kleiner wurden. Um die künftige Versorgung der Bevölkerung mit heimischen Lebensmitteln sicherzustellen und den Rückgang der inländischen Produktion zu stoppen, brauche es „dringend eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn für einfache Arbeiten, die keine Ausbildung erfordern“.

Auch der Präsident der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände (GLFA), Hans-Benno Wichert, hat vor den gravierenden Folgen gewarnt. Ein solcher Schritt würde Deutschland noch stärker als bisher von einer Versorgung mit Importware abhängig machen. Gegenüber dem Pressedienst Agra Europe (AgE) bekräftigte Wichert seine Forderung, Landwirtschaft und Gartenbau vom gesetzlichen Mindestlohn auszunehmen. Nur dann werde es möglich sein, die Bevölkerung weiterhin mit heimischen Lebensmitteln zu versorgen und zugleich durch kurze Transportwege Umwelt und Klima zu schützen.

AgE